



KAS MADRID  
AUSLANDSBÜRO FÜR SPANIEN UND PORTUGAL

15. JUNI 2016

## Reform der Reformen in Portugal

**Nach einem halben Regierungsjahr ist die portugiesische Linkskoalition stabiler als erwartet. Doch ihre Reformmaßnahmen belasten den Staatshaushalt und ersticken Wachstumsimpulse.**

Totgesagte leben länger. Das gilt auch für die Linksregierung Portugals, die vor einem halben Jahr gebildet wurde und der viele Beobachter vorhersagten, dass ihre sozial- und wirtschaftspolitischen Versprechungen recht bald an den engen finanzpolitischen Grenzen scheitern und die Koalition darüber zerbrechen werde. Wer sich heute in Lissabon umhört, erfährt, dass der Regierung von Premierminister *António Costa* doch eine längere Lebenszeit zugestanden wird. Kaum jemand rechnet zurzeit mit einem baldigen Auseinanderbrechen der Koalition, und ob sie im nächsten Jahr zerfällt, es zu einer Koalition in anderer Zusammensetzung oder gar zu Neuwahlen kommen wird, wagt momentan niemand vorherzusagen. Allerdings bleibt die Wirtschafts- und Finanzlage des Landes angespannt. Das Wachstum ist zu schwach, es mangelt an Investitionen und die Staatseinnahmen gehen zurück. Dennoch wagt die Regierung kostspielige und ideologie-getriebene Reformen, die für das Investitionsklima nicht unbedingt förderlich sind. Sie genießt allerdings eine breite Unterstützung, wie aktuelle Umfragen zeigen. Die Opposition hat es schwer, mit ihren Warnungen vor den Folgen der Abkehr vom Weg der Sparsamkeit und Reformen Gehör zu finden.

### Die Regierungskoalition

Bei den Wahlen vom 04. Oktober 2015 gewannen die linken Parteien eine parlamentarische Mehrheit. Die Koalition der liberalen PSD (*Partido Social Democrata*) und der konservativen CDS-PP (*Centro Democrático e Social – Partido Popular*), die unter Ministerpräsident *Pedro Passos Coelho* von 2011 bis 2015 einen harten Sparkurs und Steuererhöhungen durchgesetzt hatte, mit dem der finanzielle Bankrott des Landes abgewendet worden war, gewann mit 38,5% der Stimmen zwar eine relative Mehrheit der Stimmen, verlor aber ihre Mehrheit im Parlament. Die drei linken Parteien – die Sozialistische Partei PS (*Partido Socialista*) mit 32,3%, der marxistische Linksblock BE (*Bloco de Esquerda*) mit 10,2% sowie das Bündnis aus Kommunisten und Grünen CDU (*Coligação Democrática Unitária*) mit 8,3% – erhielten zusammen 122 der 230 Sitze im Parla-

ANALYSEN UND BERICHTE  
JUNI 2016

DR. WILHELM HOFMEISTER

Mitarbeit: INÉS GREGÓRIO

[www.kas.de/spanien](http://www.kas.de/spanien)

ment, der *Assembleia da República*. Zwar beanspruchte *Passos Coelho* die Regierungsführung für sich, doch der Vorsitzende der Sozialistischen Partei *António Costa* bildete mit den Kommunisten und dem Linksblock eine Koalition, die es in dieser Zusammensetzung bisher in Portugal noch nicht gegeben hatte. Die Sozialisten gaben damit ihre bisherige Weigerung einer Zusammenarbeit mit den anderen Linksparteien auf. Staatspräsident *Aníbal Cavaco Silva* musste trotz seiner öffentlich geäußerten Bedenken gegen diese Koalition dem PS-Führer *António Costa* die Regierungsführung übertragen. Er hatte zuvor von dem neuen Regierungschef eine Einhaltung der Verpflichtungen Portugals gegenüber der EU und dem Internationalen Währungsfonds (IWF) verlangt. Nachdem das Land von beiden Institutionen mit 78 Milliarden Euro vor der Zahlungsunfähigkeit bewahrt worden war und drei Jahre unter dem EU-Rettungsschirm stand, hatte es erst im Mai 2014 den Rettungsschirm verlassen. 2014 wurde nach drei Rezessionsjahren ein Wachstum von 0,9 Prozent erreicht. 2015 betrug das Wachstum 1,5 Prozent<sup>1</sup>. Da die Linksparteien die Sparpolitik der Regierung von *Passos Coelho* stets bekämpft und im Wahlkampf radikale Änderungen versprochen hatten, war die zentrale Frage, ob und wie ihre sozialen Versprechungen mit einer Fortsetzung der makroökonomischen Konsolidierung zu vereinbaren wären.

### Die „Rückkehr zur Politik“ mit populären Reformen

Eine „Rückkehr zur Politik“ hat Ministerpräsident *António Costa* zum Motto seiner Regierung erklärt. Damit meint er, seine Regierungsmaßnahmen sollten sich nicht mehr in erster Linie an finanzpolitischen Zwängen ausrichten, sondern politische Ziele verfolgen. Tatsächlich hat die Regierung in ihrem ersten halben Jahr über eine Reihe von Reformen entschieden, die wichtige Maßnahmen der Vorgängerregierung zurücknehmen oder zumindest aufweichen. In *Costas* Worten geht es darum, die „Seite der Sparsamkeit“ umzublättern. Das neue Politikmodell folgt eindeutig einem keynesianischen Modell, wonach mittels einer Erhöhung der Staatsausgaben die gesamtwirtschaftliche Nachfrage und vor allem der private Konsum erhöht werden sollen, woraus sich dann neue Wachstumsimpulse ergäben. Dieser Politikwandel ist zentraler Gegenstand der Koalitionsvereinbarungen zwischen den Regierungsparteien, die darüber hinwegsehen, dass ein ähnliches ausgabenorientiertes Modell maßgeblich zur Überschuldung und der daraus folgenden Krise geführt hatte.

Allerdings versicherte die Regierung, trotz neuer Ausgaben an den Verpflichtungen aus dem Europäischen Stabilitätspakt festzuhalten und die Haushaltskonsolidierung weiter voranzutreiben. Wie schwierig das ist, zeigten die Diskussionen und Verhandlungen mit Brüssel nach der Vorlage des Haushaltsentwurfs für das laufende Jahr 2016. Dieser Entwurf war

<sup>1</sup> [http://ec.europa.eu/economy\\_finance/eu/countries/portugal\\_en.htm](http://ec.europa.eu/economy_finance/eu/countries/portugal_en.htm)

der EU-Kommission Ende Januar vorgelegt worden und führte prompt zu Diskrepanzen über die Annahmen im Hinblick auf die Reduzierung des strukturellen Defizits, die erwarteten Staatseinnahmen und den Spielraum für neue soziale Leistungen. Nach einigen Diskussionen mit der EU-Kommission und Änderungen des Entwurfs wurde der Haushalt dann von Brüssel genehmigt und vom portugiesischen Parlament verabschiedet. Die Abstimmung war eine erste Bewährungsprobe für die Koalition. Zu Kontroversen innerhalb der Regierung kam es schon deshalb nicht, weil der Haushalt noch weitgehend auf den relativ guten Ergebnissen des Vorjahres aufbaute. Wie realistisch die optimistischen Annahmen im Hinblick auf die Einnahmen und die damit begründeten neuen Ausgaben sind, wird sich im Laufe des Jahres zeigen und müssen entsprechend erst bei der Aufstellung des Haushalts für 2017 in Betracht gezogen werden. Sollte die Realität hinter den Erwartungen zurückbleiben, sind im Rahmen der Aufstellung des Staatshaushalts für 2017 größere Kontroversen innerhalb der Koalition zu erwarten.

### **Wichtige Maßnahmen der ersten 180 Tage der Regierung**

Trotz der anhaltenden Ungewissheit über die weitere Konsolidierung ergriff die Regierung eine Reihe von Maßnahmen, die zumindest teilweise den Haushalt belasten. Dazu gehören u.a.

- der Stopp des Privatisierungsprozesses der staatlichen Fluggesellschaft TAP und der Vergabe von Konzessionen für den öffentlichen Nahverkehr an private Unternehmer in Lissabon;
- die Wiedereinführung der 35-Stunden-Woche für die Angehörigen des öffentlichen Dienstes, die ab 01. Juli in Kraft tritt und bis Jahresende in allen Bereichen der staatlichen Verwaltung wirksam sein soll;
- im Schulwesen die Rücknahme einiger Reformen der Vorgängerregierung, u.a. die Abschaffung der nationalen Abschlussprüfungen zum Ende des 4. und 6. Schuljahres, vor allem aber die im April verkündete drastische Reduzierung der Zuwendungen für private Schulen mit der Folge, dass ca. 8.000 Lehrer entlassen und ca. 24.000 Schüler in die öffentlichen Schulen umgeschult werden müssen. Diese Entscheidung ist von anhaltenden Protesten und Kontroversen mit der Opposition begleitet. Ein nicht unwichtiger Aspekt dieser Entscheidung ist, dass der Einfluss der linken Lehrgewerkschaft damit gestärkt wird;
- weitere Reformen betreffen: die Rücknahme der Lohnkürzungen für die öffentlichen Bediensteten und der Rentenkürzungen, die Erhöhung des nationalen Mindestlohns von 505 auf 530 Euro ab Januar 2016 und weitere Erhöhungen auf 600 Euro bis 2019, Änderungen bei der Erhebung der Einkommenssteuer (IRS) und die Einführung einer Art Kinderfreibetrag beim IRS, weitere Vergünstigungen für Kinder und Rent-

ner, sowie die Reduzierung der Mehrwertsteuer für das Gaststättengewerbe von 23% auf 13%.

Der finanzielle Spielraum für diese Reformen ist angesichts der Haushaltslage eigentlich gering. Eine Steuererhöhung auf Benzin um 1 Cent wird nur einen begrenzten Effekt haben. Eine zusätzliche Belastung für den Staatshaushalt ergab sich zudem bereits im Dezember, als die Regierung eine Entscheidung zur Rettung der vorwiegend in Madeira aktiven BANIF Bank treffen musste. Die zusätzlichen Ausgaben und Anpassungen des Budgets infolge dieser erneuten Bankenrettung konnten damals nur mit der Enthaltung der Opposition im Parlament entschieden werden, weil die Marxisten und der Linksblock die Kabinettsvorlage nicht mittrugen. Doch zu einem anhaltenden Konflikt darüber in der Regierung kam es nicht.

Deren Reformwille ist ungebrochen, wie ein im April veröffentlichtes „Nationales Reformprogramm“ belegt, das „Mehr Wachstum. Mehr Arbeit. Mehr Gleichheit“ verspricht und eine Antwort ist auf einen kritischen Bericht der EU-Kommission vom Frühjahr, die strukturelle Probleme der portugiesischen Volkswirtschaft hervorhob und weitere Anstrengungen zur Haushaltskonsolidierung und Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit anmahnte.<sup>2</sup> Auf die von der EU festgestellten strukturellen Blockaden mit ihren Konsequenzen für die Wettbewerbsfähigkeit, den Wohlstand und die Kohäsion des Landes, will die Regierung mit neuen Maßnahmen zur Qualifizierung der Arbeiter, Erhöhung der Produktivität und Wettbewerbsfähigkeit sowie neuen Maßnahmen der Haushalts- und Finanzpolitik reagieren. Die einzelnen Maßnahmen sind alle sehr ausführlich dargestellt und mit Zahlen projiziert. Allein, das ganze Konstrukt hängt davon ab, dass sich die positiven Annahmen über die Wirtschafts- und Einnahmementwicklung auch erfüllen. Daran bestehen vorerst aber noch begründete Zweifel.

### **Geringes Wachstum und anhaltend hohe Arbeitslosigkeit**

Fördern oder behindern die beschlossenen und beabsichtigten Reformen die Konsolidierung der portugiesischen Volkswirtschaft? Das ist die zentrale Frage, die nicht nur den Kern der Konflikte zwischen Regierung und Opposition bilden, sondern auch von der EU-Kommission und potentiellen Investoren gestellt wird. Anhand der Daten lässt sich darauf bisher noch keine eindeutige Antwort geben – zumal die Interpretation der Daten ebenfalls dem Parteienstreit unterliegt.

---

<sup>2</sup> Beide Dokument sind zu finden unter:

<http://www.portugal.gov.pt/media/19058366/20160421-pnr.pdf>

[http://ec.europa.eu/europe2020/pdf/csr2016/cr2016\\_portugal\\_pt.pdf](http://ec.europa.eu/europe2020/pdf/csr2016/cr2016_portugal_pt.pdf)

Das Nationale Statistikinstitut in Lissabon hat Ende Mai seinen vierteljährlichen Bericht veröffentlicht, aus dem einige Trends sichtbar werden. Danach ist das Bruttoinlandsprodukt im ersten Vierteljahr 2016 gegenüber dem gleichen Vorjahreszeitraum um 0,9% gewachsen. Im letzten Quartal von 2015 betrug das Wachstum allerdings 1,3%<sup>3</sup> und hat sich somit seit Anfang 2016 wieder verlangsamt. Die interne Nachfrage ist zwar um 0,9% leicht gestiegen, doch Exporte (-2,1%) und Importe (-4,3%) sind ebenso zurückgegangen wie die Investitionen (-0,6% gegenüber +4,4% Ende 2015). Die Arbeitslosigkeit ist während des ersten Vierteljahres auf 12,4% gestiegen, die Jugendarbeitslosigkeit lag im April 2016 mit 29,9% nur geringfügig unter dem Wert des gleichen Vorjahresmonats (32,4%) und die Bank von Portugal hat bereits davor gewarnt, dass das Wachstumsziel der Regierung für 2016 von 1,8% wohl nicht erreicht wird und höchstens ein Wachstum von 1,5% zu erwarten sei. Außerdem glauben selbst einige Regierungsvertreter nicht daran, dass das Defizit nur 1,4% des BIP betragen wird.

Die Daten zeigen, dass sich die portugiesische Volkswirtschaft noch immer in einer schwierigen Lage befindet und dass Wachstum und Investitionen zu gering sind, um die Arbeitslosigkeit nachhaltig zu reduzieren und die Staatsfinanzen zu sanieren. Der neuen Regierung mag man (noch) keine Verantwortung für die Wirtschaftsleistung während ihres ersten halben Jahres zuweisen können. Doch es stellt sich die Frage, ob ihre Rezepte tatsächlich geeignet sind, um die Konsolidierung voranzubringen.

Ministerpräsident *António Costa* zumindest ist weiterhin optimistisch. Er verweist darauf, dass Portugal trotz der zusätzlichen Ausgaben und der bedenklichen Wirtschaftsentwicklung im Jahr 2016 das niedrigste Haushaltsdefizit seit der Rückkehr zur Demokratie vor 42 Jahren haben werde, selbst wenn die Erwartungen seiner Regierung von einem Defizit von 2,2% nicht eintreten und eher die Annahme aus Brüssel bestätigt würde, wonach ein Defizit von 2,7% zu erwarten sei.

### Diskrepanz mit Brüssel

Diese unterschiedliche Einschätzung des voraussichtlichen Haushaltsdefizits ist einer der Streitpunkte mit der EU-Kommission. In Brüssel geht man davon aus, dass das Defizit mehr als 2,2% betragen werde und dass Portugal bestenfalls 2,7% erreiche. Für 2017 verlangt die EU eine Reduzierung des strukturellen Defizits um 0,6%. Um das Defizit unter 3% zu begrenzen und eine Überschreitung zu verhindern, sollen in anderen Bereichen die öffentlichen Ausgaben reduziert werden. Die EU-Kommission erkennt zwar an, dass die Anhebung des Mindestlohns auf 530 Euro ab

---

<sup>3</sup> BIP-Wachstumswerte pro Quartal im Vgl. zum Vorjahreszeitraum (Kettenpreisindex): [https://www.ine.pt/xportal/xmain?xpid=INE&xpgid=ine\\_indicadores&indOcorrCod=0007826&contexto=bd&selTab=tab2](https://www.ine.pt/xportal/xmain?xpid=INE&xpgid=ine_indicadores&indOcorrCod=0007826&contexto=bd&selTab=tab2)

2017 ein Beitrag zur Armutsbeseitigung sein könne. Doch sofern diese Anhebung nicht mit einer Zunahme der Produktivität einhergehe, könnte sich aus dem höheren Mindestlohn eine Belastung für die Schaffung zusätzlicher Arbeitsplätze und die Verbesserung der Produktivität ergeben. Außerdem verlangt die EU weitere Anstrengungen der Regierung u.a. zur Vorbeugung auf den Ausfall von Krediten, im Umgang mit Risiko-Anleihen, zur effizienteren Steuererhebung und zur Vermeidung von Steuerbetrug.

Trotz der Bedenken gegenüber den positiven Erwartungen der portugiesischen Regierung hat die EU-Kommission dem Land im Mai einen Aufschub von einem weiteren Jahr bis zur Erreichung der Defizitgrenze von 3% des BSP gewährt und auf die Verhängung von Sanktionen wegen der Nichterreichung des Defizitziels verzichtet. Der Grund dafür ist wohl vor allem, dass die EU dem Nachbarn Spanien, das ebenfalls die Defizitgrenze überschritt, vor den dortigen Wahlen im Juni keine Strafe verhängen wollte und deshalb auch gegenüber Portugal nachsichtig sein musste. Aus Lissabon setzen sich nicht nur die Regierung, sondern auch Oppositionsführer *Passos Coelho* und *Assunção Cristas* für die Aussetzung von Sanktionen ein.

### Positive Einschätzung der Regierung

Die Meinungsverschiedenheiten mit Brüssel und auch der „Verhandlungserfolg“ über die Defizitgrenze führen ebenso wie die neuen Sozialleistungen zu positiven Zustimmungswerten der Regierung bei der Bevölkerung. Dazu trägt bei, dass Premierminister *Costa* stets ein zuversichtliches und optimistisches Bild von sich und der Lage des Landes vermittelt. Das kontrastiert deutlich mit seinem Vorgänger *Passos Coelho*, dem stets die Sorgen um die Staatsfinanzen und die Wirtschaftslage im Gesicht standen und der mit Hinweis auf die ernste Lage unpopuläre Entscheidungen traf und verkündete. Zu dem optimistischen und zuversichtlichen Bild der Regierung gehört auch, dass Finanzminister *Mário Centeno* zurückhaltend auftritt und sich nicht als Zuchtmeister begehrlicher Kabinettskollegen präsentiert, wie das bei seinem Vorgänger und wie es auch in manchen anderen Ländern der Fall war bzw. ist. Er arbeitet sehr diskret, auch wenn ihm die schwierige Aufgabe zufällt, die mit Brüssel vereinbarte Haushaltsdisziplin durchzusetzen und fast täglich mit Eurokraten einerseits und den Vertretern der Linksparteien andererseits über ausgabenwirksame Regierungsmaßnahmen zu verhandeln.

Ein Politbarometer von Anfang Mai 2016<sup>4</sup> zeigt eine Zunahme der Unterstützung für die Sozialistische Partei PS auf 38,5% und ein Rückgang bei den Sozialdemokraten der PSD auf 32,3%. Damit hat sich der Abstand

---

<sup>4</sup>[http://www.jornaldenegocios.pt/economia/politica/detalhe/ps\\_dispara\\_nas\\_sondagens\\_e\\_deixa\\_psd\\_a\\_seis\\_pontos\\_de\\_distancia.html](http://www.jornaldenegocios.pt/economia/politica/detalhe/ps_dispara_nas_sondagens_e_deixa_psd_a_seis_pontos_de_distancia.html)

zwischen beiden Parteien seit dem Regierungsantritt von *Costa* weiter erhöht. Die Werte der anderen Parteien sind weitgehend stabil. Der Linksblock liegt bei 9,7% und die Kommunisten der CDU haben 6,6%. Die konservative CDS-PP hat die Präferenz von 4% der Wähler, obwohl ihre neue Vorsitzende *Assunção Cristas* nach ihrer Wahl im März mit einigen kritischen Interventionen im April zunächst den ersten Rang in der Beliebtheitsskala der Politiker erreichte. Im Mai stand aber Premierminister *Costa* wieder an der Spitze und neben *Cristas* erzielte auch die Sprecherin des Linksblocks *Catarina Martins* eine sehr gute Bewertung. Bemerkenswert ist, dass die Persönlichkeitswerte für den ehemaligen Premierminister und wichtigsten Oppositionsführer *Passos Coelho* deutlich schlechter ausfallen. Dazu passt, dass das Vertrauen der Befragten in *António Costa* mit 54,5% deutlich höher ausfällt als in *Passos Coelho* (36,1%).

Angesichts der Stabilität der Regierung und der positiven Zustimmungswerte vermittelt die Regierung die Zuversicht, dass die Koalition über die komplette Legislaturperiode von vier Jahren zusammenhalten werde. Schon jetzt treffen die Koalitionsparteien anscheinend Vorkehrungen, um bei den nächsten anstehenden Wahlen, den Kommunalwahlen im September oder Oktober 2017, größere Rivalitäten möglichst zu vermeiden und bei der Kandidatennominierung Rücksicht aufeinander zu nehmen.

Nur vereinzelt sind bisher aus der Koalition Kritik oder Zweifel zu hören. Der Europaabgeordnete der PS, *Francisco Assis* beispielsweise, äußerte während des PS-Parteikongresses Anfang Juni Kritik daran, dass die Koalition über Gebühr von dem Linksblock und den Kommunisten dominiert werde. Nach seiner Meinung müsste mehr dafür getan werden, um das Vertrauen internationaler Investoren zu gewinnen. Der Linksblock und die Kommunisten seien daran aber nicht interessiert. "Wir sind so sehr darum besorgt, das Überleben dieses Regierungsmodells zu sichern, dass keine Zeit bleibt, die wirklichen Probleme anzugehen." Den von der Sozialistischen Partei vermittelten Eindruck, man könne nun die Sparsamkeit beenden, bezeichnete er als Fehler, und betonte: "das ist nicht der Fall und das weckt falsche Erwartungen bei den Bürgern". Dies ist bisher allerdings eine sehr vereinzelte Stimme, die innerhalb der Regierungskoalition kein Echo erzeugt.

### Die Haltung der Oppositionsparteien

Die Parteien PSD und CDS-PP ringen noch damit, ihre Oppositionsrolle zu finden. Aufgrund ihrer relativen Stimmenmehrheit sahen sie sich trotz der Stimmeneinbußen als Wahlsieger. Weil sie den Anspruch auf Regierungsbildung erhoben, waren sie enttäuscht und verärgert, als es *António Costa* gelang, die Linkskoalition zu bilden. PSD und CDS-PP erwarteten, diese Koalition werde nicht lange halten und die Regierung bald zerbrechen. Im Dezember verhalfen sie jedoch der Regierung insofern zu einem Erfolg,

als sie die Rettung der Bank BANIF durch ihre Enthaltung im Parlament unterstützten, wohl wissend, dass eine Ablehnung das Land in einer weiteren Krise mit schwierigen Folgen gestürzt hätte.

*Pedro Passos Coelho*, der bisherige Ministerpräsident, übernahm die Rolle des Oppositionsführers. Bei der CDS-PP zog der langjährige Vorsitzende *Paulo Portas*, der bis zu den Wahlen Wirtschaftsminister gewesen war, die Konsequenz aus dem Stimmenverlust seiner Partei und machte den Weg frei für einen Nachfolger. Frau *Assunção Cristas*, bisher Justizministerin, wurde Anfang März zur neuen Vorsitzenden der CDS-PP gewählt. Sie gewinnt viel Aufmerksamkeit durch ihre scharfe Kritik an einzelnen Regierungsmaßnahmen und steht in den neueren Umfragen deutlich besser da als *Passos Coelho*.

Beide Oppositionsparteien PSD und CDS-PP haben in den vergangenen Monaten ihre Oppositionsarbeit und ihre Kritik an der Regierung auf die Verschlechterung der ökonomischen Indikatoren konzentriert. *Passos Coelho* warf Premierminister *António Costa* "Arroganz" vor, während die neue Vorsitzende der CDS-PP die Leistung der Regierung mit drei „d“ charakterisierte: *desespera* (Enttäuschung), *descrédito* (Unglaubwürdigkeit) und *desorientação* (Orientierungslosigkeit); dem Finanzminister warf sie Unfähigkeit und dem Wirtschaftsminister Untätigkeit vor. Die Oppositionsführer kritisieren die geringen Exporte und den Anstieg der Arbeitslosigkeit. Während einer Pressekonferenz im Mai sagte *Assunção Cristas*: "Die Regierung hat nichts von dem erfüllt, was sie versprochen hat im Hinblick auf Arbeitsplätze und Wirtschaftswachstum. Aus unserer Sicht hat sie auf der ganzen Linie versagt." *Passos Coelho* beschrieb die Regierungsarbeit der Sozialisten als "Niedergang", den er nicht nur im wirtschaftlichen und sozialen Bereich sieht, sondern auch in der Art, wie Politik gemacht werde.

Beide Oppositionsführer kritisierten die Rücknahme und Umkehr der Maßnahmen ihrer vorherigen PSD/CDS-PP-Regierung als schädlich für das Land, weil es zu einem Vertrauensverlust der Investoren führe. Die oben genannten Maßnahmen der Regierung halten sie für ungeeignet im Hinblick auf die Haushaltskonsolidierung und die Förderung von Wachstum. Sie werfen der Regierung auch vor, sie würde das Programm der extremen Linksparteien umsetzen und sei eine Gefangene der von Kommunisten gelenkten Gewerkschaften, beispielsweise der wichtigsten Lehrergewerkschaft FENPROF (*Federação Nacional dos Professores*) oder der Transportarbeitergewerkschaft. Da der Premierminister während Parlamentssitzungen wiederholt kritische Fragen nicht beantwortet habe, die sich u.a. auf seine Verbindung zu privaten Banken bezogen, sieht der Vorsitzende der PSD darin eine "Verschlechterung der demokratischen Bedingungen des politischen Lebens".





Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

**ANALYSEN UND BERICHTE**

JUNI 2016

DR. WILHELM HOFMEISTER

[www.kas.de/spanien](http://www.kas.de/spanien)

Trotz ihrer Kritik an der Regierung sind beide Oppositionsparteien momentan jedoch nicht an Neuwahlen interessiert, da sie, wie die Umfragen zeigen, daraus eher geschwächt hervorgehen würden. Sie müssen deshalb, ebenso wie nationale und internationale Beobachter im Wartestand verharren um zu sehen, ob die gewagten Maßnahmen der Linkskoalition dem Land einen Aufschwung bescheren oder die Krise nur weiter verschärfen. Erst wenn bis zum Jahresende keine deutlichen Zeichen einer Verbesserung der allgemeinen Lage zu erkennen sind, können auch die Oppositionsparteien wieder mit mehr Zustimmung rechnen. Bis dahin wird die Regierung stabil bleiben und an ihrem eingeschlagenen Kurs festhalten.

**Impressum**

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

Konrad-Adenauer-Stiftung  
c/ Villanueva 43, 2º Dcha.  
28001 Madrid  
Spanien

Tel. +34 91 781 12 02

[info.madrid@kas.de](mailto:info.madrid@kas.de)

[www.kas.de/spanien](http://www.kas.de/spanien)

Twitter: @kas\_madrid